

Kaufmännische Bedingungen

Hinweis zur Registrierung in SAP zum elektronischen Beleg austausch (Rechnungslegung)

Für die elektronische Rechnungslegung ist es nach Zuschlagserteilung zwingend erforderlich ein SAP Ariba Netzwerk-Benutzerkonto anzulegen, sodass ein elektronischer Beleg austausch über das SAP Ariba-Netzwerk erfolgen kann. Die Registrierung eines Standard-Kontos ist für Sie kostenfrei, sofern Sie weitere Leistungen bei SAP beauftragen wollen, gehen diese zu Ihren Lasten. Weitere Informationen zu "Einkauf goes SAP" und zur Registrierung im SAP Ariba-Netzwerk finden Sie unter <https://www.fraunhofer.de/de/einkauf-goes-sap.html>

VERTRAGSGEGENSTAND UND VERTRAGSBESTANDTEILE

(1) Gegenstand des Vertrags sind die sich aus den Ausschreibungsunterlagen ergebenden Leistungen.

(2) Für die Leistungen und ggfs. für alle Einzelaufträge unter diesem Vertrag gelten für deren Auftragsdurchführung folgende Vertragsbestandteile in der nachfolgend aufgeführten Reihenfolge:

- a. Sofern einschlägig, die Antworten des AG auf die während des Vergabeverfahrens gestellten Bieterfragen/Bieterinformation
- b. der Vertrag
- c. die Leistungsbeschreibung inkl. Anlagen
- d. Kaufmännische Bedingungen des AG
- e. sämtliche weiteren Vergabeunterlagen zu diesem Verfahren
- f. Angebot des Auftragnehmers

LIEFERBEDINGUNGEN

DDP Incoterms 2020

DDP Incoterms 2020, einschl. Verpackung, Versicherung sowie Installation, Inbetriebnahme und Einweisung.

Erfolgt die Warenlieferung aus Drittland außerhalb EU nach Deutschland, dann gilt DAP Incoterms 2020 inkl. Versicherung durch den AN.

ZOLL zu DDP Incoterms 2020

Sofern der Lieferant für die Einfuhrabfertigung in die EU dagegen Fraunhofer als Zollbeteiligten in der Zollanmeldung benennen will, ist er verpflichtet, die Zollanmeldung einschließlich der dazugehörigen warenbegleitenden Papiere wie Rechnungen, etc. unverzüglich nach der Zollabfertigung an den Auftraggeber sofort in Kopie zu übersenden. Bei einer Einfuhr unter Präferenzbegünstigung sind die Präferenznachweise (Ursprungserklärung auf Rechnung, Warenverkehrsbescheinigung gemäß EUR.1/EUR.MED oder A.TR bzw. Ursprungszeugnis Form A) im Original an Fraunhofer zu übergeben.



Hinweis:

Die Warentarifnummer muss bei der Zollanmeldung immer 11-stellig sein.

RÜCKNAHMEVERPFLICHTUNG

Leistungsort für die Rücknahmeverpflichtung von Verpackungen im Sinne des Par. 7 der Verpackungs-VO ist der Sitz des Fraunhofer-Instituts/Einrichtung. Die Kosten für die Rücknahme und / oder Rücktransport von Verpackungen an seinen Geschäftssitz trägt der Auftragnehmer. (04005)

ZAHLUNGSBEDINGUNGEN**30-50-20 gegen Bankbürgschaft**

Vorauszahlung des AG gegen Vorauszahlungssicherheit	30%
Nach Lieferung und Einbringung der Anlage	50%
Nach SAT und Schlussabnahme	20%
jeweils gegen Vorlage einer Rechnung innerhalb 30 Tagen netto. (02176)	

Zahlung

(1) Bitte beachten Sie, dass die Rechnung immer die aktuelle Bankverbindung (IBAN im einheitlichen Euro-Zahlungsraum (SEPA)) aufweist.

(2) Umsatzsteuer Identifikations-Nr. (UIN) = DE 129 515 865

Die von Ihnen ausgestellte Rechnung muss unsere o.g. UIN, Ihre UIN sowie die für eine Mehrwertsteuerrechnung erforderlichen Einzelangaben enthalten.

(3) Auf den Lieferscheinen und Rechnungen ist die Bestellnummer des Auftraggebers zu vermerken.

VORRAUSZAHLUNGSBÜRGSCHAFT UND GEWÄHRLEISTUNGSSICHERHEIT**Vorauszahlungsbürgschaft**

Für die Vorauszahlung stellt der AN dem AG eine selbstschuldnerische unbefristete Bürgschaft eines tauglichen Bürgen im Sinne des § 17 Abs. 2 Nr. 1 oder 2 VOB/B. Eine Aufteilung auf mehrere Bürgen ist zulässig.

Die Bürgschaft muss die Erklärung enthalten, dass der Bürge auf die Einrede der Vorausklage und auf das Recht der Hinterlegung verzichtet und nur mit Gegenansprüchen des AN gegenüber dem AG aufrechnen kann, die unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind, sowie das ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dem Bürgschaftsvertrag München ist. Die Bürgschaftsurkunde muss auch die Erklärung des Bürgen enthalten, dass er den AG gegenüber dem AN wegen Rückforderungsansprüchen von Vorauszahlungen sichert und dass die Ansprüche aus der Bürgschaft in den Grenzen des § 202 BGB nicht vor den gesicherten Ansprüchen verjähren.

Die Vorauszahlungsbürgschaft ist nach Lieferung und Einbringung der Anlage zurückzugeben. Der AN hat die Kosten der Vorauszahlungsbürgschaft zu tragen.

Gewährleistungssicherheit

Der AN stellt für die Verjährungsfrist für Mängelansprüche (Gewährleistung) eine Gewährleistungssicherheit in Höhe von 3 % der Nettoabrechnungssumme. Der AG ist berechtigt, für die Dauer der Gewährleistungsfrist einen Sicherheitseinbehalt in entsprechender Höhe vorzunehmen. Der Einbehalt dient dem AG als Sicherheit für sämtliche Mängelansprüche nach Abnahme einschließlich etwaiger Rückforderungsansprüche des AG aus Überzahlungen oder ungerechtfertigter Bereicherung nebst Zinsen. Er dient ferner der Absicherung der Regressansprüche des AG wegen Nichtzahlung des Mindestlohns, der Beiträge zur Urlaubskasse und der Sozialversicherungsbeiträge. Dieser Einbehalt kann durch Übergabe einer Bürgschaft abgelöst werden. Es muss sich dabei um eine unbefristete, unbedingte, unwiderrufliche, selbstschuldnerische Bürgschaft einer deutschen Großbank, Sparkasse oder Kreditversicherung handeln, bei der auf die Einreden der Vorausklage und, soweit ein aufrechenbarer Anspruch nicht bereits rechtskräftig festgestellt oder unstrittig ist, auch auf die Einrede der Aufrechenbarkeit sowie auf das Recht zur Hinterlegung verzichtet wird. Die Bürgschaft muss weiter die Erklärung des Bürgen enthalten, dass die Ansprüche aus der Bürgschaft in den Grenzen des § 202 BGB nicht vor der gesicherten Hauptforderung verjähren sowie das ausschließliche Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dem Bürgschaftsvertrag München ist.

Eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche ist nach Ablauf der Gewährleistungszeit zurückgegeben.

Hinweis:

Die Bürgschaften sind zugunsten des AG, mithin dem Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung e.V., auszustellen.

Weitere Vertragsbedingungen

ZOLL

Bitte geben Sie in den einschlägigen Geschäftspapieren (Angebot, Lieferschein, Rechnung) an, ob die von Ihnen gelieferten Güter (dies beinhaltet Waren, Software oder Technologie)

- in der nationalen Ausfuhrliste gelistet sind.
Falls ja, bitte den Namen der nationalen Liste nennen und die Listenposition angeben, z. B. 0011.
- bzw. alternativ in Annex I der EG-Dual-Use-VO 428/2009 (zuletzt geändert durch EU VO 2015/2420) gelistet ist.
Falls ja, bitte Listenposition angeben, z. B. 2B001.
- das US-Recht auf das gelieferte Gut anwendbar ist.
Falls ja, bitte ECCN (Export Control Classification Number - EAR) angeben/als EAR99 klassifizieren/oder USML-Code (United States Munitions List - ITAR) angeben. (06060)

Korruptionsprävention

(1) Der Auftragnehmer versichert, dass weder in der Person eines Geschäftsführers noch eines leitenden Angestellten schwere Verfehlungen oder ähnliche Handlungen vorliegen, die einem ordnungsgemäßen Geschäftsverkehr entgegenstehen. Als solche schweren Verfehlungen gelten insbesondere

- Straftaten, die im Geschäftsverkehr oder in Bezug auf diesen begangen worden sind und die Unzuverlässigkeit des Unternehmens begründen (z.B. Vorteilsgewährung, § 333 StGB; Bestechung, § 334 StGB; Betrug, § 263 StGB; Subventionsbetrug, § 264

StGB; Untreue, § 266 StGB; Urkundenfälschung, § 267 StGB; wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen, § 298 StGB),

- das Anbieten, Versprechen oder Gewähren unerlaubter Vorteile an Personen, die Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst Verpflichteten nahestehen, oder an freiberuflich Tätige, die bei der Vergabe im Auftrag einer öffentlichen Vergabestelle tätig werden,
- Verhaltensweisen, die zur Unzuverlässigkeit des Unternehmens führen und einen Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 GWB begründen,
- die Beteiligung an unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), insbesondere eine Vereinbarung mit Dritten, über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über zu fordernde Preise, über die Entrichtung einer Ausfallentschädigung (Gewinnbeteiligung oder sonstige Abgaben) und über die Festlegung von Preisempfehlungen, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu beeinflussen.

(2) Bei Verstoß gegen die Verpflichtung aus Absatz 1 ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag fristlos zu kündigen sowie für jeden Fall des Verstoßes eine angemessene Vertragsstrafe zu verlangen.

INTRASTAT

Sind bei Lieferungen von Waren an den Auftraggeber Meldungen für die Statistik des Warenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten der EU (Intrastat) zu machen, so hat der Auftragnehmer alle hierfür erforderlichen Unterlagen rechtzeitig und unaufgefordert zu übergeben.

Diese sind unter anderem:

Warentarifnummer: _____ (11-stellig)

(Ca.-)Nettogewicht: _____ (kg)

Ursprungsland: _____

Versandland: _____

Mode of transport: _____

TERMINSICHERUNGSKLAUSEL

Überschreitet der AN schuldhaft den vereinbarten Liefertermin hat er eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,1% je Arbeitstag der Nettoabrechnungssumme zu zahlen. Arbeitstage sind die Wochentage Montag bis Freitag ohne Feiertage. Der Gesamtbetrag der Vertragsstrafe aus Überschreitung des Liefertermins ist begrenzt auf 5 % der Nettoabrechnungssumme.

Weitergehende Schadensersatzansprüche des AG bleiben unberührt. Die Vertragsstrafe wird jedoch auf Schadensersatzansprüche des AG angerechnet.

Abweichend von Par. 341 Abs. 3 BGB, kann das Vertragsstrafenverlangen jederzeit bis zur vollständigen Bezahlung der Rechnung geltend gemacht werden. (08022)

DATENSCHUTZBESTIMMUNGEN, GEHEIMHALTUNG

Auftraggeber und Auftragnehmer sind verpflichtet, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu

verwerten. Der Auftragnehmer steht für die Einhaltung der Vertraulichkeitsverpflichtungen durch eigene Mitarbeiter und etwa eingeschaltete Unterauftragnehmer ein.

GEWÄHRLEISTUNG

Die Gewährleistungsfrist beträgt einheitlich für sämtliche Leistungen des AN zwei Jahre, die ab der Abnahme beginnt.

Wird der AN vor Fälligkeit der ersten Wartung gemäß Wartungsvorgaben des Herstellers mit der Wartung beauftragt, verlängert sich die Gewährleistungsfrist auf die Laufzeit des Wartungsvertrages höchstens jedoch auf fünf Jahre.

ABNAHME

Abnahme

Die Abnahme erfolgt im Hause des Anwenders und wird durch ein schriftliches Abnahmeprotokoll bestätigt.

Die Abnahme der gesamten Anlage bezieht sich, auch bei Teillieferungen, auf das Zusammenwirken aller Auftragsgegenstände. (10020)

SONSTIGES

UNFALLVERHÜTUNGSVORSCHRIFTEN

Die Maschine/Anlage muss der/den einschlägigen EU-Richtlinie/n entsprechen und mit der CE-Kennzeichnung versehen sein.

Eine richtlinienkonforme Konformitätserklärung ist bei Lieferung vorzulegen.

Der Auftragnehmer sichert zu, dass die Maschine/Anlage den in der Konformitätserklärung aufgezählten Normen entspricht. (12020)

TECHNISCHE UNTERLAGEN

Die vereinbarte Zahlung kann erst nach Bereitstellung der für den Betrieb des Gerätes / der Anlage erforderlichen technischen Unterlagen erfolgen. (13050)

ERSATZTEILHALTUNG

Der Auftragnehmer garantiert die Nachlieferungen von Ersatzteilen in angemessener Frist für 10 Jahre. (14012)

VORBEHALT

Kontrollen, Prüfungen, Rechnungsprüfungen bei Erwerb von Gütern sowie Bau- und Dienstleistungen gem. Art. 22 und 23 des Grant Agreement bei EU-geförderten Projekten.

Der Auftragnehmer erkennt die Rechte der EU-Kommission, des Europäischen Rechnungshofs (EuRH), des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) oder von durch die EU-Kommission benannten Dritten an, Kontrollen und Prüfungen sowie Bewertungen dieses Vertrags gemäß den Regelungen aus Artikel 22 und 23 der Finanzhilfvereinbarung vorzunehmen. (25990)

ERFÜLLUNGORT UND GERICHTSSTAND

Erfüllungsort für Lieferungen/Leistungen ist die im Auftragsschreiben angegebene Adresse.
Erfüllungsort für Zahlungen ist München.
Gerichtsstand ist München. (34010)

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

(1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages oder einzelner Bestimmungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform.

(2) Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen und des Vertrages im Ganzen nicht. Die Vertragsparteien sind vielmehr verpflichtet, alle Erklärungen abzugeben, die erforderlich sind, um wirksame Bestimmungen zu vereinbaren, die den unwirksamen Bestimmungen rechtlich und wirtschaftlich möglichst nahekommen. Gleiches gilt im Falle ausfüllungsbedürftiger Lücken im Vertrag.